



Ministerium für
Wirtschaft und
Mittelstand
Energie und
Verkehr
des Landes Nordrhein-Westfalen

Referat Reden, Kommunikation
Haroldstr. 4, 40213 Düsseldorf
Telefon 0211/837-2508
Telefax 0211/837-3101



Ernst Schwanhold

Minister für Wirtschaft und Mittelstand, Energie und Verkehr des
Landes Nordrhein-Westfalen

zur Einbringung des Haushalts 2003 –Bereich Wirtschaft des
Einzelplans 08- in den Ausschuss für Wirtschaft, Mittelstand und
Technologie

am 25. September 2002

in Düsseldorf

(Es gilt das gesprochene Wort)

Anrede,

ich möchte Ihnen auch in diesem Jahr wieder die Ansätze des Wirtschaftshaushalts erläutern. Zur Vorbereitung auf die heutige Sitzung habe ich Ihnen

- mit der Vorlage 13/1597 den Informationsband zum Wirtschaftshaushalt und
- mit der Vorlage 13/1598 die Erläuterungen zu den Stellenplänen übermittelt.

Im Entwurf des aktuellen Haushaltsplans spiegeln sich die schwierigen finanz- und wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen, vor denen wir stehen. Der Haushaltsplan ist aber zugleich Ergebnis wirtschaftspolitischer Schwerpunktsetzung.

Zum konjunkturellen Umfeld

Die Erwartungen über den Konjunkturverlauf in diesem und im nächsten Jahr sind mit großer Unsicherheit belastet. Zwar hat sich die Weltwirtschaft inzwischen von den schweren Rückschlägen des vergangenen Jahres erholt; dennoch bleibt die Belebung verhalten, der Aufschwung ist bisher noch nicht erkennbar; erste Indikatoren lassen noch keine optimistische Prognose zu.

Die **Konjunkturdaten und Stimmungsindikatoren** auf beiden Seiten des Atlantiks sind nach wie vor schwach, hinzu kommen erhebliche Kursverluste an den Aktienbörsen und Verunsicherung an den internationalen Finanzmärkten. Die Krisen im Nahen Osten verschlechtern die Aussichten auf eine absehbare Erholung der Weltwirtschaft.

In den **USA** stagnierte der Einkaufsmanagerindex im August bei 50,5 Punkten, verursacht durch die Unsicherheit über die Umsatzperspektiven

und bestehende Überkapazitäten in US-Industrie. Der private Konsum blieb bisher stabil, doch können schwache Aktienmärkte und Arbeitsplatzunsicherheiten leicht auf die private Nachfrage durchschlagen.

Auch für den **Euroraum** sind die Prognosen sehr zurückhaltend:

- Eurostat rechnet nur noch mit einer Wachstumsrate von 1 Prozent in diesem Jahr, nach 1,5 Prozent 2001.
- Bankvolkswirte und Forschungsinstitute prognostizieren nur noch einen Anstieg von 0,5 bis 1 Prozent.
- Der Euroland-Indikator der Süddeutschen Zeitung ist im September auf 0,3 Prozent gesunken.

In Deutschland entwickeln sich die Stimmungsindikatoren verhalten, die Wirtschaftsleistung ist im ersten Halbjahr 2002 gesunken:

- Der Ifo-Geschäftsklima-Index sank im August im 3. Monat in Folge von 89,9 auf 88,8 Prozent Indexpunkte,
- Der ZEW-Finanzmarkttest (Stimmung unter deutschen Finanzanalysten) sank von 69,1 auf 43,4.
- Der Handelsblatt-Frühindikator im September von 1,4 Prozent auf 1,2 Prozent gesunken.

Als Ergebnis der unsicheren weltwirtschaftlichen Rahmenbedingungen ist die Wirtschaftsleistung in Deutschland im ersten Halbjahr 2002 um 0,4 Prozent gesunken.

In Nordrhein-Westfalen lag der Rückgang des Bruttoinlandsproduktes im ersten Halbjahr 2002 sogar bei 1,0 Prozent. Bei der Wertung dieses schlechten Abschneidens ist zu berücksichtigen, dass die alten Länder

generell stärker unter der Schwäche der Weltkonjunktur litten als die neuen Bundesländer; denn die alten Länder sind über Exporte und Direktinvestitionen stärker mit der Weltwirtschaft verbunden.

Die weltwirtschaftliche Schwäche beeinflusste in Nordrhein-Westfalen vor allem die export- und konjunkturabhängigen Wirtschaftsbereiche in der Industrie (insbesondere in den Bereichen der Chemischen Industrie, des Straßenfahrzeugbaus und der Möbelindustrie); hinzu kamen rückläufige Entwicklungen im Steinkohlebergbau und in der Bauwirtschaft.

Positive Entwicklungen im Dienstleistungssektor konnten die Einbußen im Produzierenden Gewerbe nur zum Teil kompensieren.

Besonders betroffen von den Produktionsrückgängen waren in NRW die Produzenten von Vorleistungsgütern und die Hersteller von Investitionsgütern. In den Produktionsschwankungen dieser konjunktursensiblen Sektoren spiegeln sich naturgemäß die Unsicherheiten über den Konjunkturverlauf besonders ausgeprägt.

Das im Vergleich zum Bund deutlich höhere Gewicht der Vorleistungs- und Investitionsgüterhersteller an der Industrieproduktion Nordrhein-Westfalens erklärt einen Teil des Wachstumsrückstandes des Landes. Hinzu kommen die zum Teil immer noch zu traditionell ausgerichtete Industriestrukturen und Sondereffekte, wie zum Beispiel Probleme in der Arzneimittelbranche.

Die finanzpolitischen Rahmenbedingungen des Haushalts 2003 hat Herr Kollege Steinbrück in seiner Rede zur Einbringung des Landeshaushaltes 2003 am 10. September ausführlich dargestellt. Ich brauche seine Ausführungen hier sicherlich nicht noch einmal zu wiederholen.

Neue Wirtschaft NRW

Vor dem Hintergrund des skizzierten wirtschaftlichen und finanzpolitischen Umfelds konzentriert sich die Wirtschaftspolitik der Landesregierung auf den Ausbau der Stärken unserer Wirtschaft in sozialer Verantwortung: Der notwendige Modernisierungsprozess muss schnell und konsequent erfolgen. Strategien und Maßnahmen müssen neu bewertet und geordnet werden.

In diesem Sinne haben wir die Wirtschaftspolitik unter dem Dach **Neue Wirtschaft in NRW** auf vier Handlungsfelder konzentriert.

Unter der Überschrift **Neue Wirtschaft NRW** fassen wir den übergreifenden Ansatz für die Wirtschafts-, Struktur-, Technologie-, Verkehrs- und Energiepolitik der kommenden Jahre. So betonen wir die Notwendigkeit von Modernisierung durch neue Unternehmen, neue Produkte und neue Märkte zu betonen.

Wir werden unsere Kraft auf die Felder: **global, innovativ, Dienstleistung und mobil** konzentrieren.

Es wird darum gehen, die Stärken und Kompetenzen von Unternehmen und Beschäftigten in den Regionen vor allem in der Orientierung auf die **globalen** Märkte weiter auszubauen.

Es wird darum gehen, in den Unternehmen und Regionen selbst den Wettbewerb um die **innovativsten** Ideen, die **innovativsten** Projekte, die besten Ergebnisse zu unterstützen. Auf diese Weise fördern wir die Chancen von Strukturwandel und Modernisierung am besten. Entscheidend wird sein, mit welcher Geschwindigkeit wir auf die globalen Innovationssprünge mit komplexen Lösungen reagieren.

Die Betonung des **Dienstleistungsbereiches** ist dabei nicht als Abschied von der Industrie zu verstehen, vielmehr geschieht gerade die

Modernisierung und damit die Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit unserer Industrie durch den geschickten Einsatz und Ausbau von produktionsorientierten und produktionsintegrierten Dienstleistung.

Mobil, weil die Mobilität von Menschen und Gütern die zentrale Voraussetzung dafür ist, dass die sich erweiternden Märkte erschlossen werden können.

Die Eckdaten des Haushalts

Die Landesregierung hat am 10. September den Entwurf des Haushaltes 2003 eingebracht. Vor dem – auch in diesem Ausschuss sicherlich unbestrittenen – Ziel, die öffentlichen Finanzen zu konsolidieren, wurden die Ausgaben gegenüber dem Haushalt 2002 reduziert, und zwar um 1,4 Milliarden EURO oder um 0,9 Prozent.

Das hat natürlich fühlbare und beachtliche Auswirkungen auf den Einzelplan 08, insbesondere auf den Wirtschaftshaushalt 2003.

Die **Gesamtausgaben 2003 im Einzelplan 08** betragen 3,2 Milliarden EURO, das sind 287 Millionen EURO weniger als im laufenden Haushalt 2002 veranschlagt sind. Dieser Rückgang entspricht einem Minus von 8,2 Prozent. Allerdings wird diese Veränderung bei genauem Hinsehen von einer Reihe von Besonderheiten beeinflusst:

- Die Ausgaben für die **Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“** sind entsprechend dem Rahmenplan veranschlagt. Die Bundesmittel einschließlich der komplementären Landesmittel gehen deshalb gegenüber der Veranschlagung 2002 um **6 Millionen EURO** zurück.
- Die Ausgaben für die **NRW/EU-Programme vermindern sich** gegenüber 2002 um **88 Millionen EURO**. Das liegt insbesondere daran,

dass für die alten Programm letztmalig in 2002 Mittel bereitgestellt werden mussten.

- Im Einvernehmen zwischen der RAG, der IGBCE, dem Bund und dem Land NRW werden angesichts der Haushaltssituation des Bundes und des Landes NRW **Kohlehilfen**, deren Zahlung Ende 2003 vorgesehen war, in das Jahr 2004 verlagert. Die Kohlehilfen, auf die es einen Rechtsanspruch gibt, werden also nicht gekürzt, sondern gestreckt. Im Vergleich zum Haushalt 2002 **sinken** die Ausgaben für die Kohlehilfen in 2003 **um 46 Millionen EURO**.
- Im **Verkehrshaushalt** fließen **105 Millionen EURO** Bundesmittel weniger in den Landeshaushalt als im Jahre 2002, in gleicher Höhe **reduzieren sich auch die Ausgaben**.
- Besonders hervorzuheben ist, dass die im Haushalt 2002 veranschlagte **Globale Minderausgabe** von 38 Millionen EURO im Haushalt 2003 nicht weitergeführt wird. Somit stehen die veranschlagten Programmmittel ungekürzt zur Verfügung. Das führt zu einer **rechnerischen Verbesserung** des Haushaltes 2003 gegenüber 2002 um **38 Millionen EURO**

Aus diesen **Sonderfaktoren** ergibt sich eine Reduzierung der Ausgaben 2003 gegenüber 2002 von allein **207 Millionen EURO**. Der um diesen Betrag bereinigte **echte Rückgang** liegt somit bei **80 Millionen EURO** oder **2,4 Prozent**.

Der **Wirtschaftshaushalt 2003**, der in den Kapiteln 08 030 bis 08 050 veranschlagt ist, beträgt 905 Millionen EURO. Das sind 192 Millionen weniger als die im Haushalt 2002 veranschlagten 1,1 Milliarden EURO.

Dieser Rückgang relativiert sich allerdings, wenn die **Sonderfaktoren im Wirtschaftshaushalt**, die ich gerade genannt habe, berücksichtigt

werden. Die Reduzierung bei der Gemeinschaftsaufgabe, der Minderbedarf bei den NRW/EU-Programmen und die Verlagerung der Kohlehilfen in das Jahr 2004 belaufen sich auf **140 Millionen EURO**. Die dann noch verbleibenden 52 Millionen EURO haben wir durch eine verantwortliche Etatisierung eingespart. Es führt sicherlich zu weit, wenn ich jede einzelne Position, die sich im Wirtschaftshaushalt verändert hat, hier ansprechen würde. Mit dem Informationsband 2003 zum Einzelplan 08 haben Sie eine vollständige Übersicht zum Wirtschaftshaushalt vorliegen. Ich möchte beispielhaft aufzeigen, dass wir Haushaltskonsolidierung nicht mit der Rasenmähermethode praktizieren, sondern dass wir Handlungsspielräume nutzen, unsere wirtschaftspolitischen Aktivitäten auf Schwerpunkte konzentrieren und bestehenden Strukturen effizienter gestalten.

1. Für die **Meistergründungsprämie** stehen neben den Mitteln aus dem Ziel 2-Programm 4,1 Millionen EURO Kassenmittel und 6,6 Millionen EURO Verpflichtungsermächtigungen zur Verfügung. Damit **können alle Anträge** auf Gewährung der Meistergründungsprämie uneingeschränkt und unverzüglich **bewilligt werden**. Ein Teil der Antragsteller wird allerdings den Zuschuss erst Anfang 2004 erhalten können. Dieser Kompromiss wurde so mit dem Handwerk abgesprochen und bestätigt gerade auf diesem sensiblen Feld die Aussage von Herrn Kollegen Steinbrück zur Einbringung des Haushaltes 2003, dass die Menschen in diesem Land bereit sind, den Weg der Konsolidierung mitzugehen und Einschränkungen mit zu tragen.
2. Wir haben Haushaltsmittel auch dadurch einsparen können, indem wir unser wirtschaftspolitisches **Handeln auf Schwerpunkte konzentrieren** werden.

2.1 So werden wir uns in der **Außenwirtschaft** auf bestimmte Kompetenzfelder und Zielländer ausrichten. Uneingeschränkt fortgeführt wird die Außenwirtschaftsoffensive Mittel- und Osteuropa.

2.2 Im Bereich der **Technologie und Innovationsförderung** werden wir unsere Förderung auf Spitzenprodukte focussieren. Wir werden Einsparungen der Overhead-Kosten bei den Landesinitiativen BioGenTec, HealthCare und Medizin-Technik-Netzwerk durch Zusammenfassung in der Life-Scienc-Agency erreichen und im Übrigen auch die anderen Landesinitiativen mit dem Ziel einer Effizienzsteigerung ihrer Arbeit auf den Prüfstand stellen.

Im Hinblick auf die Haushaltslage des Jahres 2003 war es nicht möglich, Mittel für die Gründung einer **Unternehmensbeteiligungsgesellschaft** bereitzustellen, die sich mit Hilfe eines vom Land finanzierten Stammkapitals an Unternehmen mit innovativen Wachstumsfeldern beteiligt. Diese Entscheidung ist sehr schwer gefallen. Aber bei Abwägung aller Einsparmöglichkeiten erscheint dieser Verzicht vertretbar.

2.3 Mit dem Programm „**REN-Programm**“ werden wir uns auf Projekte konzentrieren, die geeignet sind, internationale Märkte zu erschließen, die Wettbewerbsfähigkeit zu verbessern und den Arbeitsmarkt zu unterstützen.

3. Im Übrigen tragen auch Bereiche zur Haushaltskonsolidierung bei, für die aufgrund der Erfahrungen der Vorjahre **geringere Bedarfe** veranschlagt werden können. Hierzu gehören zum Beispiel die institutionelle Förderung der **Gesellschaft für Wirtschaftsförderung** oder die Gewährung von Zinsverbilligungen für **Kredite an kleine und mittlere Unternehmen**.

Der Mittelstand: Hauptadressat der Wirtschaftspolitik

Unbestritten ist: Die dringend benötigten neuen Arbeitsplätze werden auch zukünftig fast ausschließlich durch Neugründungen und wachsende mittelständische Unternehmen geschaffen werden. Alle Fakten belegen dies. Anfang der neunziger Jahre waren 66 Prozent der Arbeitnehmer im Mittelstand beschäftigt. Heute sind es bereits 73 Prozent. Eine Studie des Institut für Mittelstandsforschung Bonn (IfM) ergab, dass aus dem Gründungsjahrgang 1996 bis heute rund 389 Tsd. Arbeitsplätze und aus dem Gründungsjahrgang 1998 432 Tsd. Arbeitsplätze in NRW entstanden sind.

Die Gründungs- und Mittelstandsförderung sind also originäre Arbeitsplatzschaffungsprogramme. Mit dem Gemeinschaftsaktionen von Land und Wirtschaft - mit Go! und der Mittelstandsoffensive NRW – haben wir hier mit Erfolg Schwerpunkte gesetzt. Wir alle wissen jedoch, dass es gegenwärtig angesichts der Konjunkturlage, dem Einbruch in der New Economy und einer veränderten Geschäftspolitik der Banken sehr viel schwieriger als noch vor einem Jahr ist, ein Unternehmen zu gründen oder mit einem Unternehmen zu wachsen.

Förderung von Gründungen und Mittelstand kann unter den heutigen Bedingungen nicht heißen, neue Subventionstatbestände zu schaffen. Im Vordergrund steht primär die Information, Beratung und Begleitung durch die im ganzen Land bestehenden Go!-Netzwerke von Kammern, Wirtschaftsförderung, Arbeitsämter und anderen Einrichtungen. Gerade in dem gegenwärtig schwierigen wirtschaftlichen Umfeld wächst die Bedeutung dieser regionalen Unterstützungsarbeit. Wir werden deshalb 2003 die Arbeit dieser Netzwerke verstärkt unterstützen. Das Beratungsprogramm Wirtschaft hat sich in diesem Kontext als wichtiges Instrument zu Ergänzung der kostenlosen bzw. ehrenamtlichen Erstbe-

ratung erwiesen. Dieses Programm wird auch im nächsten Jahr ein wichtiger Baustein der Gründungs- und Mittelstandsförderung sein

Förderung heißt heute mehr denn je, den Unternehmen zu helfen, neue Wege der Finanzierung zu gehen. Die Eigenkapitalquote muss bereits in der Gründungsphase und bei Wachstumsprozessen deutlich erhöht werden. Deshalb konzentrieren wir uns bei den öffentlichen Förderprogrammen zunehmend auf eigenkapitalähnliche Instrumente wie z.B. Nachrangdarlehen, aber auch auf Haftungsfreistellungen und Bürgschaften. Die Meistergründungsprämie, die ebenfalls das Eigenkapital stärkt, wird auch 2003 als Anreiz für Gründungen im Handwerk eingesetzt werden.

Ein besonderer Schwerpunkt der Mittelstandsförderung ist die Entlastung der kleinen Unternehmen von bürokratischen Belastungen. Das von der Landesregierung eingebrachte Mittelstandsgesetz bietet hier eine große Chance, die wir nutzen werden. Parallel dazu werden im Rahmen des Projekts "Mittelstandsfreundliche Verwaltung" in 12 Modellkommunen und –kreisen zusammen mit staatlichen Ämtern und den Bezirksregierungen exemplarisch neue Wege eines mittelstandsfreundlichen Verwaltungshandelns erprobt.

Basel II – Probleme und Lösungsansätze bei der Finanzierung des Mittelstandes

Die Kreditfinanzierung für die mittelständische Wirtschaft hat sich in den letzten Monaten dramatisch verändert. Dabei sind die Arbeit des Baseler Ausschusses (Basel II) nur vordergründig das Problem.

Basel II soll die von Institut zu Institut verschiedenen Methoden der Risikoeinschätzung international standardisieren und verbessern. Kernpunkte sind die Bonitätsbewertung des einzelnen Unternehmens -

im Rahmen eines erweiterten Unternehmensrating – und die auf dieser Basis erfolgte Differenzierung der Kreditkonditionen bzw. Kreditabsagen.

Die strukturellen Veränderungen in der deutschen Kreditwirtschaft bewirken, dass diese verschärften Standards bereits heute praktiziert oder eingeführt werden. Die aus diesem Veränderungsprozess entstandene Dynamik führt gegenwärtig dazu, dass kaum noch Kreditinstitute bereit sind, mittelständische Unternehmensrisiken (Kredite an KMU) einzugehen; die dort erwarteten Renditen sind zu gering. Hiervon sind auch und in besonderem Maße die traditionell mittelständisch aufgestellten Stadtparkassen und Volksbanken betroffen. Sie sind nicht ohne weiteres in der Lage, die durch das Verhalten der international tätigen Institute eingetretenen Finanzierungslücken im Mittelstand zu schließen.

Zur Verbesserung der Eigenkapitalsituation der KMU arbeitet das Wirtschafts- und Verkehrsministerium an der Entwicklung alternativer Finanzierungsangebote, Haftungs- und Bürgschaftsinstrumente.

Klar ist aber heute schon, dass die Einschränkungen der Kreditfinanzierung durch die Banken nicht durch einen Problemlösungsansatz allein ausgeglichen werden kann. Künftig werden die KMU sich darauf einrichten müssen, eine Palette von Finanzierungsmöglichkeiten zu nutzen. Es wird von größter Wichtigkeit sein, die eigene Finanzierungslage strategisch auf die Zukunft hin auszurichten und zu planen.

Die Wirtschaftspolitik ist aufgerufen, alles in ihrer Kraft stehende dazu beizutragen. Innovative Vorhaben im Bereich der KMU-Finanzierung und der steuerlichen Rahmenbedingungen müssen entwickelt und durchgesetzt werden.